

## KOMMENTAR

# Nichts mehr, wie es vorher war

Die Machtübernahme der Taliban verteilt die außenpolitischen Gewichte neu | Von Markus Kaim



Bundesaußenminister Heiko Maas im Gespräch mit Tamim bin Hamad Al Thani in Doha diese Woche.

Der Westen hat mit dem Fall von Kabul am 15. August nicht nur eine Niederlage erlitten, sondern mit der Machtübernahme der Taliban sind auch viele Fixpunkte der internationalen Afghanistan-Politik abhandengekommen – normativ, politisch und institutionell. Das Land selbst befindet sich nunmehr in einer Phase der politischen Transformation mit einem bislang ungewissen Ausgang. Noch ist nicht sicher, ob es eine Regierung der nationalen Einheit geben wird; noch ist nicht klar, wie islamisch die gesellschaftliche Ordnung sein wird; noch ist nicht deutlich erkennbar, wie das neue Regime mit Repräsentanten der alten Ordnung umzugehen gedenkt. Parallel vollzieht auch die internationale Diplomatie einen Anpassungsprozess an die veränderten politischen Koordinaten – sowohl global als auch regional.

Dabei tat sich die westliche Politik zu Beginn schwer mit der Frage, ob man überhaupt mit den Taliban verhandeln solle. Mittlerweile ist diese Frage durch das konkrete Handeln der westlichen Regierungen beantwortet: Auf Grundlage ihrer eigenen Interessen sprechen sie mit den Taliban über die Fortsetzung der Evakuierung des lokalen Botschaftspersonals, den zivilen Weiterbetrieb des Flughafens in Kabul, weitere humanitäre Hilfe und mögliche Entwicklungszusammenarbeit. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass die USA nur ihre Botschaft nach Doha verlegt, aber die diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan nicht abgebrochen

haben. Auch Außenminister Heiko Maas hat betont, dass es derzeit zwar nicht um die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der Taliban-Herrschaft geht, aber die Rückkehr deutscher Diplomaten nach Kabul bereits angedeutet, sofern es politisch möglich wäre und wenn die Sicherheitslage es erlaubt.

### Was dem Westen bleibt

Alles andere als ein an praktischen Fragen orientierter Dialog wäre auch illusorisch, denn der Westen hat in Afghanistan eine schmerzliche Niederlage erlitten und ist innerhalb weniger Wochen vom Hegemon zum Bittsteller in dem Land geworden. In einer solchen Situation können die politischen Machtverhältnisse nicht ignoriert und politische Bedingungen diktiert werden. Hinzu kommt ein zweites Argument: In einer internationalen Ordnung, die mehr und mehr von der Rivalität der Großmächte geprägt ist, kann es sich der Westen nicht leisten, das Land und die Region einfach anderen Mächten zu überlassen. Auch wenn eine westliche Politik gegenüber Afghanistan jetzt von Grund auf neu entwickelt und formuliert werden muss, besteht kaum ein Zweifel daran, dass das Land auch in Zukunft strategische Bedeutung haben wird.

Diese Bedeutung haben auch bereits die beiden Großmächte erkannt, die der Region am nächsten liegen – China und Russland.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

# Leiernde Wahlkampfschlager

Rot-Grün-Rot ist ein Popanz, aber kein Grund für Ausschließertis | Von Frank Decker

Angesichts ihrer niederschmetternden Umfragewerte suchen Armin Laschet und die Unionsparteien ihr Heil jetzt in der Neuaufgabe einer „Roten-Socken-Kampagne“ und warnen eindringlich vor einem möglichen Linksbündnis aus SPD, Grünen und der Partei Die Linke nach der Bundestagswahl. Ob sie gut daran tun, ist fraglich. Erstens könnte es für einen verschärften Konfrontationskurs schon zu spät sein, nachdem die Briefwahl längst im Gange ist und bis zum Urnengang nur noch drei Wochen verbleiben. Und zweitens stellt Rot-Grün-Rot in den Augen eines Großteils der Wählerschaft heute kein Schreckgespenst mehr dar. Was 1994 als Wahlkampfschlager noch funktioniert hatte, ließ sich schon vier Jahre später – beim rot-grünen Wahlsieg unter Gerhard Schröder – nicht mehr wiederholen. Im Jahre 2021 wirkt es wie vollends aus der Zeit gefallen.

Die jüngsten Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen und anderer Institute sollten der Union zu denken geben. Nicht nur, dass bei der Bewertung der verschiedenen Bündnisse die – von der SPD angeführte – Ampel am besten abschneidet. Selbst mit einer Linkskoalition können sich inzwischen mehr Wähler anfreunden als mit einer Regierung unter Führung der Union – sei es Jamaika, eine Deutschland-Koalition oder die Fortsetzung des jetzigen rot-schwarzen Bündnisses. Dass SPD und Grüne vor diesem Hintergrund keine große Nervosität verspüren, liegt auf der Hand, so unvorteilhaft ihr „Rumeiern“ in der Koalitionsfrage in den Fernsehdebatten auch wirken mag. Selbst wenn die Warnung vor Rot-Grün-Rot den ein oder anderen verunsicherten Wähler von der Stimmabgabe für SPD oder Grüne abhält, bleibt es aus strategischer Sicht für beide Parteien ratsam, ein Zusammengehen mit der Linken nicht schon vor der Wahl auszuschließen.

### Jeder mit jedem

Zwei Gründe sind dafür maßgeblich. Zum einen geht es bei der Wahl ja darum, ein Maximum der potenziellen Wähler-

schaft zu erreichen. Dies würde verhindert, wenn man durch den Ausschluss einer bestimmten Koalitionsoption einen Teil dieser Wähler ohne Not verprellt. Weil SPD und Grüne sich als linke Parteien verstehen, gibt es sowohl in der Wählerschaft als auch unter ihren Mitgliedern und Funktionären große Gemeinsamkeiten mit den inhaltlichen Positionen der Linkspartei. Dies gilt bis hinein in die Außenpolitik, obwohl diese weiterhin den größten Stolperstein für eine Zusammenarbeit darstellt. Zum anderen haben sich die Modalitäten der Koalitionsbildung durch die Auffächerung der Parteienlandschaft grundlegend verändert. Zweierkoalitionen mit dem Wunschpartner an der Seite, wie sie bis Mitte der 2000er-Jahre noch gang und gäbe waren, sind passé. Im heutigen Sechsparteiensystem sind faktisch nur noch lagerübergreifende Dreiparteienkoalitionen möglich. Damit erhöht sich zugleich die Zahl der arithmetisch möglichen und politisch gangbaren Bündnisvarianten.

Im von Union, SPD, Grünen und FDP gebildeten demokratischen Zentrum sind längst alle Parteien untereinander koalitionsunwillig und -fähig. Während sich Union und Grüne schon seit Ende der 2000er-Jahre für Bündnisse wechselseitig öffneten, schloss die FDP eine Ampelkoalition mit SPD und Grünen sowohl 2005 als auch 2009 aus. Nachdem die Sozialdemokraten umgekehrt keine Bereitschaft für ein Zusammengehen mit der Linken erkennen ließen (an den Grünen wäre ein solches Bündnis seinerzeit nicht gescheitert), fehlte es Rot-Grün deshalb an einer Machtopion. Das galt auch 2013, als SPD, Grüne und Linke nach dem knappen Scheitern der FDP und AfD an der Fünfprozenthürde im Bundestag überraschend über eine Mehrheit verfügten. Die SPD zog daraus die Lehre, indem sie in einem förmlichen Parteitagbeschluss 2013 festschrieb, auf Koalitionsaussagen oder -absagen vor Wahlen – auch in Richtung der Linken – künftig generell zu verzichten. 2017 spielte das keine Rolle, weil das Linksbündnis von einer

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

## Diplomatische Drehscheibe

Welche rasanten tektonischen Plattenverschiebungen gerade in der internationalen Politik stattfinden, zeigt der Fall Afghanistan und die Rolle des flächenmäßig zwar kleinen, aber in Sachen Diplomatie großen Staates Katar. Gewiss, lange musste der Golfstaat, nicht ohne eigenes Zutun, mit seinem Image hadern. Doch jetzt hat das Emirat etwas geschafft, was weder der deutschen Außenpolitik noch der Europäischen Union gelungen ist.

Ohne Katars Diplomaten wäre beim Evakuierungseinsatz in Afghanistan wenig möglich gewesen. Im Chaos von Kabul eskortierten katarische Diplomaten unter Einsatz ihres Lebens Deutsche, Europäer und afghanische Schutzbedürftige durch Taliban-Checkpoints. Die Hauptstadt Doha war die Drehscheibe für die Luftbrücke und hat Tausende von Menschen, Ausländer und Afghanen in kurzer Zeit in Sicherheit gebracht – und sie vorerst untergebracht in den eigens für die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 errichteten Fan- und Mannschaftsunterkünften einquartiert. Immerhin möchte man hinzufügen, waren doch die Arbeitsbedingungen der Migranten, die auf eben jenen Baustellen tätig waren, lange Zeit wahrlich beklagenswert. (Berichten zufolge, haben sie sich inzwischen merklich verbessert.)

Es könnte dann auch der Zeitpunkt sein, den Gastgeber der Fußball WM 2022 eine Chance geben. Dabei ginge es nicht nur um Diplomatie, sondern auch um ein Statement gegen noch immer mitschwingende Arabophobie und Islamophobie, schließlich wäre es die erste WM in der Geschichte des Weltfußballs, die auf arabischem Boden und in einem muslimischen Land stattfindet.

Mit Katar wird der Westen auf jeden Fall rechnen müssen. Wie im Falle Afghanistans die moderierende Rolle Katars darauf hinwirkt, dass die Taliban die Geisteshaltung des Krieges durch eine des Friedens ersetzen, hat diese neue Herangehensweise das Potential sich auf die Konflikte im Jemen, Libyen oder Syrien positiv auszuwirken. Fest steht, seit der Machtübernahme der Taliban ist der Westen künftig mehr denn je auf das Emirat angewiesen. Diese realpolitische Tatsache sollte man sich in Washington und Europas Hauptstädten ehrlich eingestehen und auch die eigene außenpolitische Haltung überdenken.

# In Biden Fälen

Die Geschichte vom steilen Sturzflug der Zufriedenheit mit der Politik Joe Bidens erweist sich bei genauerer Betrachtung als – schief | Von Jonathan Lutes

Die Zustimmungsrate von US-Präsident Joe Biden unter den Amerikanern ist in den vergangenen Wochen massiv gesunken, und dies nach Monaten eines sanften und historisch durchaus üblichen Rückgangs in der Folge der äußerst rosigen Zahlen, in denen er sich unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Januar sonnen konnte. Dieser Tiefpunkt resultiert aus der kontinuierlichen Fülle an Schreckensbildern und entmutigenden Berichten aus Afghanistan, nachdem die USA nach annähernd zwei Jahrzehnten Krieg ihre letzten Truppen, Geheimdienstleute, Verwaltungsmitarbeiterinnen und so viele afghanische Unterstützer wie möglich aus dem südzentralasiatischen Land abgezogen hatten.

Zu Bidens Verlust an Popularität trägt auch die dritte Welle von Covid-19-Infektionen und Todesfällen bei, die derzeit durch die USA rollt – und zwar insbesondere in Ballungszentren mit niedrigen Impfraten und in Bundesstaaten, in denen republikanische Gouverneure eine Maskenpflicht

verhindern. Dies veranlasste die Europäische Union am 30. August, die USA von der Liste der sicheren Länder für nicht unbefindliche Reisen zu streichen.

### Zahlen, bitte

Während Afghanistan und Covid-19 als doppelte Katastrophe Biden in jedem Fall geschadet hätten, sollte ein genauerer Blick auf einige Zahlen und historische Trends die blank liegenden Nerven der Biden-Anhänger etwas beruhigen und – wenn sie den Wählern mit Klarheit und Überzeugung präsentiert werden – das Ansehen des Präsidenten heben.

Gemäß einer Zusammenstellung der jüngsten Umfragen auf fivethirtyeight.com, der Plattform des Datenjournalismus-Nate Silver, ist Bidens Zustimmungsrate von 53,7 auf 47 Prozent gesunken und seine Ablehnungsrate von 42,7 auf 47 Prozent gestiegen, mit dem Effekt, dass seine jüngsten Nettozustimmungsgewinne in Höhe von 10 Prozentpunkten auf null ge-

shrumpft sind. Zum Vergleich: Der frühere Präsident Donald Trump hatte im Jahr 2017, im ersten Jahr seiner Amtszeit und in einem Zeitraum ohne internationale Gesundheitskrisen oder militärische Niederlagen der USA, eine durchschnittliche Zustimmungsrate von 38,4 Prozent.

Auch wenn niemand vorhersagen kann, welche weiteren innenpolitischen oder internationalen Herausforderungen die Führungsqualitäten des US-Präsidenten auf dem Weg zu den Zwischenwahlen 2022 und den Präsidentschaftswahlen 2024 auf die Probe stellen werden, sollte doch die Tatsache, dass mit dem Afghanistan-Abzug Bidens schlimmster politischer Schaden bereits hinter ihm liegen sollte – während er sich immerhin noch 47 Prozent Zustimmung erfreut – mehr Beachtung finden. Sie sollte auch die Sorgen derjenigen, die bereits argwöhnen, dass die Demokraten in den nächsten drei Jahren das Repräsentantenhaus, den Senat oder die Präsidentschaft verlieren könnten, etwas verringern.

### Unterstützung für den Abzug

Aber auch eine andere Faktenlage könnte die Befürchtungen der Demokraten im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Abzug mindern. Eine diese Woche vom Pew Research Center durchgeführte Umfrage ergab, dass 54 Prozent der Amerikaner die Entscheidung, sich aus Afghanistan zurückzuziehen, nach wie vor für richtig halten, gegenüber nur 42 Prozent, die anderer Meinung sind. Hinzu kommt, dass die Trump-Regierung den Abzug der US-Truppen ursprünglich schon für Februar 2020 im Rahmen eines Abkommens mit den Taliban zugesagt hatte. Dieses Abkommen hing davon ab, dass die Taliban auf Angriffe auf US-Personal verzichten. Biden aber verzögerte den Abzug um vier Monate und verhinderte so einen noch überstürzteren Ablauf.

Gleichwohl war der größte Schlag für die Moral der USA als auch für Bidens

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

## DIREKT-NACHRICHT



ANNE WIZOREK

ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @marthadear.

## Kinder, Kinder

Zuerst waren sie Pandemietreiber und kurz davor, Oma und Opa umzubringen. Dann hielten sie ihre Eltern bloß vom Arbeiten ab. Und jetzt sollen sie ungeimpft in vollen Klassenräumen Leistungen abliefern, als wäre nichts. Der Umgang mit Kindern in der Coronapandemie ist nach wie vor ein Elend.

Nur weil Kinder seltener schwer erkranken, heißt das eben nicht, dass sie Covid-19 leichtfertig begegnen können. Auch Kinder haben das Recht, vor dem Virus geschützt zu werden, über dessen Langzeitfolgen wir immer noch viel zu wenig wissen. Aber eine Pandemie ist offenbar vorbei, solange nur die „richtigen und wichtigen“ Leute geimpft sind?

Kinder vor dem Virus zu schützen, heißt dabei nicht zwingend, Kitas und Schulen zu schließen. Es braucht aber weitaus mehr als Stoßlüften und Daumendrücken, um sie offen zu halten und für die Anwesenden sicher zu machen. Wieso ist ein kurzfristiges und milliardenschweres Rettungspaket für die Lufthansa machbar, aber schnellstmöglich Luftfilter in alle Gemeinschafts- und Klassenräume zu stellen, ist selbst im Jahr Zwei dieser Pandemie ein Ding der Unmöglichkeit?

Die politische Coronastrategie für Kinder zeichnet sich dadurch aus, dass sie den Namen Strategie nicht einmal verdient. Vielmehr erweckt sie den Eindruck düsterer Pädagogik, eines „Stell euch nicht so an!“. In Deutschland praktiziert man eben immer noch lieber Härte statt Fürsorge. Dabei hat uns die Pandemie die Verletzlichkeit unseres Daseins in aller Deutlichkeit gezeigt. Um zur vermeintlichen „Vor-Corona-Normalität“ zurückzukehren, zahlen Kinder und Familien längst den Preis – ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit sind zur Verhandlungsmasse geworden.

Politik für Kinder ist in Deutschland generell miserabel bis geradezu kinderfeindlich. Ein Grund dafür ist, dass unser Bundestag ein extremes Vereinbarkeitsproblem hat. Zermürbende Arbeitszeiten, der Frauenanteil liegt um die 30 Prozent, das Durchschnittsalter der Abgeordneten bei knapp 50 Jahren. Politische Entscheidungen werden also im Schnitt vorwiegend von Männern getroffen, die sich nicht mehr groß um ihre Kinder kümmern müssen oder das ohnehin nie als ihre Aufgabe sahen. Erst kürzlich scheiterte die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz an der Union, weil diese Kindern keine zusätzliche Teilhabemöglichkeiten einräumen wollte.

Oft heißt es: Denkt denn niemand an die Kinder? Die Antwort hierauf bleibt bis auf weiteres leider: Offenbar nicht.

## Nichts mehr, wie es vorher war

FORTSETZUNG VON SEITE 1 &gt;

Beide Länder verhalten sich zurzeit trotz der Häme und der Genugtuung über das amerikanische Scheitern in Afghanistan noch abwartend, haben aber bereits bei Besuchen von Delegationen der Taliban in Moskau und Beijing deutlich gemacht, dass sie ihre Interessen gewahrt sehen möchten. Primär sind diese insofern defensiv ausgerichtet, dass sie verhindern wollen, dass der islamistische Extremismus bzw. Dschihadismus nach Zentralasien oder direkt nach Russland bzw. China vordringt. Entsprechende Zusagen, gegen derartige Gruppen und Aktivitäten vorzugehen, haben sie von den Taliban verlangt. In welchem Umfang diese beiden Großmächte sich auch als Ordnungsmächte aktiv gestaltend in Afghanistan engagieren und tatsächlich das Vakuum füllen, das die USA hinterlassen haben, bleibt abzuwarten.

## Augenmerk auf Usbekistan, Tadschikistan, Pakistan

Neue Bedeutung haben derweil die un-mittelbaren Anrainer Afghanistans gewonnen, was sich nicht zuletzt an der jüngsten Reise von Außenminister Maas nach Usbekistan, Tadschikistan und Pakistan ablesen lässt. Kurzfristig kommt diesen eine zentrale Stellung bei der Evakuierung der verbliebenen Ortskräfte westlicher Botschaften zu, langfristig werden sie vor allem in migrationspolitischer Hinsicht große Aufmerksamkeit verdienen. Denn der weit überwiegende Teil der afghanischen Flüchtlinge, die das Land verlassen, wird erst einmal in den Nachbarländern Schutz und Hilfe suchen. Deren Fähigkeiten und Willen, die Afghanen unterzubringen und zu versorgen, wird – neben anderen Faktoren – darüber entscheiden, in welchem Umfang sie sich auf den Weg nach Europa machen.

Gleiches gilt für die Türkei, die gewillt zu sein scheint, die Rolle der USA in Afghanistan zu übernehmen. Denn die Wieder-inbetriebnahme des Flughafens in Kabul ist unabdingbar, wenn dringend benötigte Güter schnell ins Land gelangen sollen. Seine Sicherung ist ein zentraler Auftrag des türkischen Afghanistan-Kontingents gewesen, und schon sehr früh wurde erkennbar, dass das türkische Militär nach dem Abzug der Amerikaner die Verantwortung für die Sicherung des Flughafens übernehmen würde. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Taliban derzeit Gespräche mit Vertretern der Türkei und Katars über die Wiedereröffnung des Flughafens führen. Die türkische Regierung scheint jedoch ihr Engagement über die Gewährleistung der Flughafensicherheit hinaus ausdehnen zu wollen. So hat Präsident Recep Tayyip Erdoğan bereits im Frühjahr versucht, Is-

tanbul zum Schauplatz von Friedensverhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung zu machen. Somit nutzt die Türkei Afghanistan, um ihr außenpolitisches Profil zu schärfen.

## Die Schlüsselrolle Katars

Schließlich ist das diplomatische Gewicht Katars erheblich gestiegen, da Doha seit langem enge Kontakte zu den Taliban unterhält. Erst vor wenigen Tagen griff Präsident Joe Biden zum Telefon, um dem Emir von Katar für die großzügige Unterstützung bei der laufenden Evakuierung aus Afghanistan zu danken. Biden dankte Katar auch für die Erleichterung innerafghanischer Gespräche – obwohl diese bereits vor der Machtübernahme durch die Taliban gescheitert waren. Katar nutzt diese Rolle geschickt, um seine Position als regionaler Vermittler zu festigen und auf der Landkarte der regionalen Politik bzw. der internationalen Politik zu erscheinen.

Dabei sind die Beziehungen zwischen Katar und den Taliban alles andere als neu. Bereits 2013 erlaubte Katar der Miliz, mit Unterstützung der US-Regierung ein Büro in Doha zu eröffnen. Damals suchte Washington einen neutralen Ort für Verhandlungen mit der islamistischen Miliz, um den Truppenabzug aus Afghanistan vorzubereiten und sie in eine politische Lösung einzubinden. Jetzt, nach dem Fall von Kabul, befindet sich Doha aufgrund seiner Beziehungen zu Afghanistan in einer einzigartigen Position. Mit Blick auf die Situation im Land hat Katars Außenminister erst vor wenigen Tagen erklärt, das Emirat sehe sich als unparteiischer Vermittler. Durch diese Vermittlerrolle kann Katar seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und anderen westlichen und europäischen Staaten stärken. Diese schätzen die Dienste Katars und seine Kontakte zu den Taliban. So hat der deutsche Afghanistan-Botschafter bereits Gespräche mit den Taliban in Doha geführt. Und auch die EU dürfte die Kontakte Katars für anstehende Gespräche mit den Taliban nutzen.



**DR. MARKUS KAIM**

ist Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und an der Hertie School of Governance, Berlin. Seine Forschungsthemen sind Grundfragen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und transatlantische Sicherheitsbeziehungen.

## Leiernde Wahlkampfschlager

FORTSETZUNG VON SEITE 1 &gt;



gemeinsamen Mehrheit weit entfernt war. Warum sollten die Sozialdemokraten ausgerechnet jetzt, da eine solche Mehrheit im Raum steht, von dem Beschluss abrücken?

## Scholz gegen das parteieigene linke Quartett?

Dass Olaf Scholz die Ampel einem Links-bündnis vorziehen würde, darf man unterstellen. Die von ihm in dieser Richtung ausgesandten Signale waren spätestens seit März unüberhörbar und stellen vermutlich kein Täuschungsmanöver dar. Ob seine Präferenz auch von der Partei- und Fraktionsführung geteilt wird, ist dagegen nicht gewiss. Saskia Esken, Norbert Walter-Borjans und Rolf Mützenich stehen in ihren politischen Positionen deutlich links von Scholz, von Kevin Kühnert ganz zu schweigen. Der mögliche künftige Kanzler wird also sein ganzes Gewicht aufbringen müssen, um das Liebbäugeln mit Rot-Grün-Rot in den eigenen Reihen zu beenden und der SPD das Bündnis mit den ungeliebten Liberalen nach der Wahl schmackhaft zu machen. Helfen könnten ihm dabei die Grünen, deren inhaltliche und mentale Distanz zur Linken mittlerweile größer ausfällt als jene der SPD.

## It's the Außenpolitik, stupid!

Am deutlichsten zeigt sich das in der Außenpolitik. Dass die vermeintliche Regierungsunfähigkeit der Linken ausgerechnet im Kontext der Debatte um den deutschen Afghanistan-Einsatz erneut zum Thema geworden ist, entbehrt nicht der Ironie, waren und sind es doch die anderen Parteien (ein-

schließlich der Grünen und der FDP), die das Desaster dieses Einsatzes seit 2002 zu verantworten haben. Die Gelegenheit, sich bei aller berechtigten Grundsatzkritik in der Stunde der Not auf die Seite der Soldatinnen und Soldaten zu stellen und die Evakuierungsmission zu unterstützen, ließ die Linke ungenutzt – so wie sie es die gesamte Legislaturperiode über versäumt hat, ihre außen- und friedenspolitischen Positionen programmatisch anzupassen.

SPD und Grüne kommt dieses Versäumnis jetzt indirekt zugute – es hilft ihnen, die „Rote-Socken-Kampagne“ der Union ins Leere laufen zu lassen, ohne die Option eines Linksbündnisses als mögliches Druckmittel in Koalitionsverhandlungen von vornherein aus der Hand zu geben. Denn wenn das Wahlergebnis neben einer – heute schon fast sicher erscheinenden – Mehrheit für die Ampel auch eine Mehrheit für Rot-Grün-Rot hergibt, läge es allein an der FDP, ein solches Szenario zu verhindern. Dass die Liberalen sich ihrer „staatspolitischen“ Verantwortung ein weiteres Mal verweigern werden, erscheint nach dem Jamaika-Fiasko von 2017 nur schwer vorstellbar.



**PROF. DR. FRANK DECKER**

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Er ist Autor des Standardwerks „Parteiendemokratie im Wandel“, das 2018 in aktualisierter Fassung im Nomos Verlag erschien.

## In Biden Fällen

FORTSETZUNG VON SEITE 1 &gt;

politisches Ansehen der Selbstmordanschlag durch ISIS-K in der vergangenen Woche am Flughafen in Kabul, bei dem 13 US-Soldatinnen und -Soldaten ums Leben kamen. Dies ist zwar eine unbeschreibliche Tragödie für die Familien und Freunde der Getöteten, doch ist auch zu bedenken, dass die USA in den drei Jahren vor der Unterzeichnung des Abzugsabkommens mit den Taliban durch Trump im Durchschnitt 16 Opfer pro Jahr zu beklagen hatten und dass für ISIS-K, einen erklärten Feind der Taliban, zu jeder Zeit das Ziel darin bestand, ein möglichst großes Chaos zu verursachen, um zu vereiteln, dass die Taliban nach dem Abzug der USA ihre Fähigkeit zur Kontrolle über Afghanistan zeigen können.

Obwohl Bidens Leute es versäumt haben, sowohl ihre Erfolge während der äußerst schwierigen Abzugsmission wirksam herauszustellen als auch ihre Fehler einzugestehen, wird es noch reichlich Nachrichtenzyklen geben, um ebendies nachzuholen, während die emotionalen Wunden des Abbruchs des Afghanistan-Einsatzes langsam zu heilen beginnen.

## Ein zweigeteiltes Land – auch in Sachen Pandemie

Während sich die Nachrichtenmenge aus Kabul in der vergangenen Woche weiter verringert hat, hat die Delta-Variante des Covid-19-Virus ihre Verheerungen in den USA deutlich vergrößert. So wie Biden mit dem Versprechen ange-treten war, den Krieg in Afghanistan zu beenden, hatte er sich auch als derjenige präsentiert, der die Covid-19-Pandemie oder zumindest ihre lähmenden Auswirkungen auf die US-Wirtschaft beenden würde. Während die dritte Welle des Virus durch die dafür besonders anfälligen Gebiete des amerikanischen Südens schwappt, kann niemand ernsthaft behaupten, dass die Schuld für die Ausbreitung von Covid-19 in Florida, Georgia, Alabama, Arkansas und Texas – den fünf derzeit am stärksten betroffenen Staaten – bei irgendjemand anderem liegen würde als bei den Republikanern, die 100 Prozent der Parlamente und Gouverneursitze in diesen Bundesstaaten kontrollieren.

Die weit unterdurchschnittlichen Impfraten in diesen Staaten (mit Ausnahme von Florida, wo die Rate in etwa durchschnittlich ist) können sicher nicht direkt den jeweiligen Regierungen angelastet werden. Trotzdem ist das allgemeine Unvermögen der zuständigen administrativen Stellen, den Impfstoff

engagiert zu bewerben und damit die Gesundheit ihrer Wählerinnen zu fördern, nach wie vor ein entscheidender Punkt. Darüber hinaus scheint das Festhalten der Regierungen dieser Bundesstaaten daran, dass alle ihre Bürger das Recht haben, sich ohne Impfung oder Maske in öffentlichen Räumen aufzuhalten, im Widerspruch zu ihren sonstigen Gesetzen zu stehen, die sehr wohl Impfungen gegen Masern, Mumps, Röteln, Kinderlähmung und Tetanus für Kinder im Schulalter, Sicherheitsgurte für alle Autofahrer und Beifahrer sowie eine Kfz-Versicherung für alle Autobesitzer vorschreiben.

Die Zahlen der kürzlich infizierten Personen und Todesfälle in diesen Bundesstaaten – im Gegensatz etwa zu denen in den sechs Staaten Neuenglands mit deutlich höheren Impfquoten als der nationale Durchschnitt – sind aufs Ganze aber doch ein unbestreitbarer Beweis dafür, dass die Covid-19-Politik der dortigen Regierungen, die allesamt von Republikanern gestellt werden, gescheitert ist. Obwohl die Zustimmungsraten von Präsident Biden bezüglich seiner Covid-19-Politik – die im Kern auf dem Werben für Impfungen und der Ausrichtung des Handelns an den wissenschaftlichen Erkenntnissen hinsichtlich Maskierung und sozialer Distanzierung beruht – von ihrem anfänglichen Höchststand von 70 Prozent etwas gesunken ist, liegt sie noch immer weit über der 50-Prozent-Marke. Und es steht durchaus zu erwarten, dass sie noch steigt, wenn die Personengruppen und Kommunen in den Staaten, die die Politik und Maßgaben der Biden-Regierung ablehnen, auch in Zukunft eine unverhältnismäßig hohe Zahl an Todesfällen verzeichnen.

Was also insgesamt betrachtet die politische Bewältigung des Afghanistan-Abzugs und der Covid-19-Pandemie angeht, so besteht die zentrale Herausforderung für Präsident Biden und die Demokraten im Vorfeld der Zwischen- und Präsidentschaftswahlen nun gerade nicht darin, die Fakten zu verschleiern oder zu verdrehen, sondern sie effektiv und wahrnehmbar für alle zu kommunizieren.

Aus dem amerikanischen Englisch von Thorsten Tynior.



**JONATHAN LUTES**

Der amerikanische Journalist ist Redakteur der englischsprachigen Zeitungen *The German Times* und *The Security Times*.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (†), Fernsehjournalist, Prof. Dieter Huhn (†), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (†), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM Der Hauptstadtbrief am Samstag ist eine Publikation von PrinzMedien und erscheint wöchentlich online auf [www.derhauptstadtbrief.de](http://www.derhauptstadtbrief.de) | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Dippendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Layout: Gordon Martin  
Anschritt für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | [info@derhauptstadtbrief.de](mailto:info@derhauptstadtbrief.de) | [www.derhauptstadtbrief.de](http://www.derhauptstadtbrief.de) | © Der Hauptstadtbrief 2021

MENSCHENRECHTE SIND

#UNTEILBAR

Werde aktiv und unterstütze Amnesty.

[amnesty.de/mitmachen](http://amnesty.de/mitmachen)AMNESTY  
INTERNATIONAL